

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 363/70

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Gisella J [REDACTED] geb. [REDACTED],
[REDACTED] Street, [REDACTED], [REDACTED]/USA,

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED] in [REDACTED] -

gegen

Land Rheinland-Pfalz,
vertreten durch das Landesamt für Wiedergutmachung
und verwaltete Vermögen, Mainz, Alleeplatz 4,

Beklagten und Beschwerdegegner,

Das Berufungsgericht hat ferner eingehend dargestellt, daß die heute bestehenden Erbschaftsteuern des bayerischen Lebens der Klägerin und auch der heutigen, mit Blutsdruck verbundenen Erbschaftsteuern der Verstorbenen Störungen erst lange Jahre nach Beendigung der Verfolgung

Die Entscheidung des Berufungsgerichts beruht auf einer medizinischen Würdigung, die dem Tatsachengutachten und keine Nachträge von Grundstücken angehört und nicht. Das Berufungsurteil weicht auch nicht von einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs ab. Die im Urteil vom 19. Mai 1968, 204 Nr. 13 dargestellten Grundsatze gelten für den Fall, daß eine pflichterhebenliche Gesundheitsetzungs über hat hier das Berufungsgericht auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen Prof. Dr. Petri-
 letztlich verneint.

Urteil

Die sofortige Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 9. Zivilsenats - Entscheidungsgemacht - des Oberlandesgerichts Koblenz vom 26. Februar 1970 wird zurückgewiesen.
 Das Verfahren ist Kosten- und anlagenfrei.
 Die außergerichtlichen Kosten des Rechtsmittels trägt die Klägerin.

In der Sitzung vom 10. Dezember 1970 beschlossen:

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung der Bundesrichter Dr. Graf, von der Reibung, Zorn, Henkel und Fuchs

- 3 -

aufgetreten sind. Dabei hat es sich mit dem Inhalt der Bescheinigung des Arztes Dr. Klein, der die Klägerin im Sommer 1945 behandelt hat, auseinandergesetzt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei dem von diesem Arzt beschriebenen Leidenszustand nicht um dieselbe Krankheit handelt, an der die Klägerin jetzt leidet. Die in den Entscheidungen BGH RnV 1965, 171 Nr. 17; 1967, 173 Nr. 20 und 1968, 122 Nr. 14 zur Frage der Anwendbarkeit der Vermutung der §§ 28 Abs. 2, 15 Abs. 2 BEG bei gleichbleibendem Krankheitsbild entwickelten Grundsätze kommen daher hier nicht zum Zuge. Desgleichen stellt sich auch nicht die Frage, welche Anforderungen an den Nachweis eines Ursachenwechsels zu stellen sind.

Die Beschwerdeführerin kann sich auch hinsichtlich des Arthroseleidens nicht auf die Vermutung der §§ 28 Abs. 2, 15 Abs. 2 BEG berufen. Das Berufungsgericht hat, was den Zeitpunkt der Entstehung dieses Leidens anlangt, nicht allein darauf abgestellt, daß das Leiden erst 1948 festgestellt worden ist. Es hat aber aus der Tatsache, daß in der Bescheinigung des Arztes Dr. Klein ein derartiges Beschwerdebild nicht erwähnt ist, gefolgert, daß die Arthrose nicht schon während der Verfolgung bestanden hat und also nicht in dieser Zeit durch schädigende Verfolgungseinflüsse betroffen worden ist. Diese tatrichterliche Würdigung wirft keine grundsätzliche Rechtsfrage auf. Die Beschwerdeführerin kann sich nicht auf die Entscheidungen BGH RnV 1968, 453 Nr. 8 und 1969, 423 Nr. 30 berufen; denn diese Entscheidungen gehen davon aus, daß ein Leiden schon während der Verfolgung in Erscheinung getreten ist. Schließlich ist auch nicht zu erkennen, daß die Gutachten der Sachverständigen durch unrichtige Formulierung der Beweisfragen beeinflusst worden sind.



Im übrigen kann nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts (BGE 1967, 281 Nr. 33 und 431 Nr. 42) die Revision wegen Verletzung verfahrensrechtlicher Vorschriften nur zugelassen werden, wenn das Obergericht eine Ver-
schliff, deren Bedeutung zweifelhaft sein kann, anders
ausgelegt hat, als sie in einer früheren Entscheidung des
Bundesgerichts ausgelegt worden ist. Diese Voraussetzung
ist ersichtlich nicht gegeben.

Da auch sonst keiner der Zulassungsgünde des
§ 219 Abs. 2 BGG vorliegt, wird die sofortige Beschwerde
des Klägers als der Kostenfolge aus § 97 Abs. 1 ZPO,
§ 225 Abs. 1 BGG zurückgewiesen.

Graf

Fuchs